

Madrid entzieht totem Franco Ehrentitel



Mehr als 33 Jahre nach dem Tod des spanischen Diktators **Francisco Franco** entschied der Stadtrat von Madrid gestern, dem „Generalísimo“ die Titel des Ehrenbürgermeisters und des Ehrenbürgers sowie die Ehrenmedaille und die Goldene Medaille der Stadt abzuerkennen. Auch Francos Ehefrau Carmen Polo wurde die Ehrenbürgerwürde aberkannt. Das Gremium billigte mit den Stimmen der konservativen Volkspartei (PP) und der Sozialisten (PSOE) einen Antrag der Vereinten Linken (IU). Zwei PP-Stadträte verließen allerdings während der Abstimmung den Sitzungssaal. „Es gibt in Madrid wichtigere Dinge zu tun“, sagte einer von ihnen. Franco hatte von 1939 bis zu seinem Tod 1975 an der Spitze eines diktatorischen Regimes in Spanien gestanden. DPA

Berisha führt knapp bei Wahl in Albanien

Bei der Parlamentswahl in Albanien haben sich die regierende Demokratische Partei und die Sozialisten ein Kopf-an-Kopf-Rennen geliefert. Nach Auszählung von etwa einem Fünftel der Stimmen führte gestern Nachmittag die Demokratische Partei von Ministerpräsident Sali Berisha mit rund 41 Prozent nur zwei Punkte vor den Sozialisten. Das wären 66 Sitze für die Demokraten und 65 Sitze für die von Tiranas Bürgermeister Edi Rama geführten Sozialisten. Von der EU und den USA entsandte Wahlbeobachter machten zwar Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung aus, es seien aber weniger als erwartet. „Die internationale Wahlbeobachtungskommission kommt zu dem Schluss, dass der Wahlverlauf in Albanien Fortschritte gemacht hat, dass es aber immer noch Unregelmäßigkeiten gibt“, lautete das Fazit der 500 Wahlbeobachter. Vor allem die Registrierung und Identifizierung neuer Wähler seien spürbar verbessert worden. Die Wahl am Sonntag galt als Reifetest für die Demokratie in dem jahrzehntelang stalinistisch regierten Land und als Hinweis auf die EU-Tauglichkeit des neuen Nato-Mitglieds. REUTERS

Russland beginnt Manöver im Kaukasus

Russland hat als Reaktion auf die andauernde Gewalt im Nordkaukasus und den Konflikt mit Georgien ein umstrittenes Manöver mit 8500 Soldaten und 200 Panzern in der Region begonnen. „Ziel der Übung ist es, den realen Zustand der Kampf- und Mobilisierungsbereitschaft der Streitkräfte einzuschätzen“, sagte gestern Militärsprecher Andrej Bobrun der Agentur Interfax zufolge. Georgien äußerte Befürchtungen, dass damit ein neuer Krieg von russischer Seite vorbereitet werde. Das bis 6. Juli geplante Manöver „Kaukasus 2009“ soll den Antiterrorkampf gegen islamistische Untergrundkämpfer im Nordkaukasus verbessern. Die Übung erstreckt sich aber auch auf Georgiens abtrünnige Regionen Südossetien und Abchasien, die nach dem Krieg im August 2008 eine Rückeroberung durch Truppen aus Tiflis fürchten. DPA

Elisabeth II. kommt mit Haushaltsgeld nicht aus

Die Königsfamilie kommt die Briten immer teurer zu stehen. Im vergangenen Jahr stiegen die Kosten für den Unterhalt der Monarchie um 1,5 Mio. auf 41,5 Mio. £, wie der Buckingham Palast gestern bekannt gab. Allerdings enthalten die 41,5 Mio. £ nicht die geheimen Kosten für den Polizeischutz der Königsfamilie oder für die Armeezereimonien, die bei königlichen Anlässen abgehalten werden. Außerdem scheint der Königin langsam das Geld auszugehen. So musste das Staatsoberhaupt schon auf Reserven zurückgreifen, um die Kosten für Haushalt und Personal decken zu können. Dafür stehen der Königin aus einem bestimmten Topf 7,9 Mio. £ an Steuergeldern jährlich zu. Elisabeth II. musste zuletzt jedoch 6 Mio. £ aus Rücklagen drauflegen. DPA

Rückkehr zur Bananenrepublik

US-Präsident Obama hat eine neue, glaubwürdige Außenpolitik angekündigt. Nach dem Putsch in Honduras droht jedoch in Lateinamerika ein Rückfall in die alte Konfrontation zwischen links und rechts

MATTHIAS KNECHT

Keine 24 Stunden brauchte Venezuelas Präsident Hugo Chávez, um seinem in Bedrängnis geratenen Freund medienwirksam zu Hilfe zu eilen. Schulterklopfend trat er gestern Nacht mit Honduras' am Morgen zuvor gestürztem Präsidenten Manuel Zelaya vor die Kameras. Flankiert wurde er von den verbündeten linksgerichteten Präsidenten aus Ecuador und Nicaragua, wo sich am Montag zahlreiche weitere lateinamerikanische Staatschefs zum Krisengipfel trafen. „Ihr seid umzingelt. Ergebt euch rechtzeitig“, sagte Chávez mit Blick auf die Putschisten in Honduras.

Gemeinsam hatten Parlament, Oberstes Gericht und die Armee von Honduras am Sonntag Präsident Zelaya mit Waffengewalt abgesetzt. Wenige Stunden später

wurde Zelayas parteiinterner Erzrivale Roberto Micheletti als Übergangspräsident vereidigt, nach einem mutmaßlich gefälschten Rücktrittsschreiben Zelayas. Doch nicht nur die Linkspopulisten um Chávez, auch gemäßigte Politiker Lateinamerikas verurteilten die Vorgänge in dem zentralamerikanischen Land. „Das erinnert uns an die schlimmsten Jahre in Lateinamerikas Geschichte“, sagte Argentinens Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner.

Frühere Machtwechsel dieser Art hatten Honduras in den 1970er Jahren den Ruf einer „Bananenrepublik“ eingebracht. Denn US-Agrarkonzerne waren es, die damals die Regierungen des zentralamerikanischen Landes kontrollierten. Unter Anspielung darauf beschuldigte Chávez auch dieses Mal wieder das „nordamerikanische Imperium“, hinter dem Putsch zu stecken.

Anders als in früheren Jahren versagten diesmal allerdings die USA der im Zuge des Putsches eingesetzten Übergangsregierung in Honduras die Unterstützung. Im Einklang mit Uno, EU, und lateinamerikanischen Regierungen forderte US-Präsident Barack Obama in einer Presseerklärung die Einhaltung demokratischer Spielregeln und zeigte sich „tief besorgt“.

Ganz leicht fällt der US-Regierung dieser neue Ton allerdings

noch nicht. Anders als Politiker in Europa und Lateinamerika vermißte Obama bisher die Worte „Staatsstreich“ und „Putsch“. Erst nach langem Zögern gab der US-Botschafter in Honduras, Hugo Llorens, bekannt, man werde die neue Regierung nicht anerkennen.

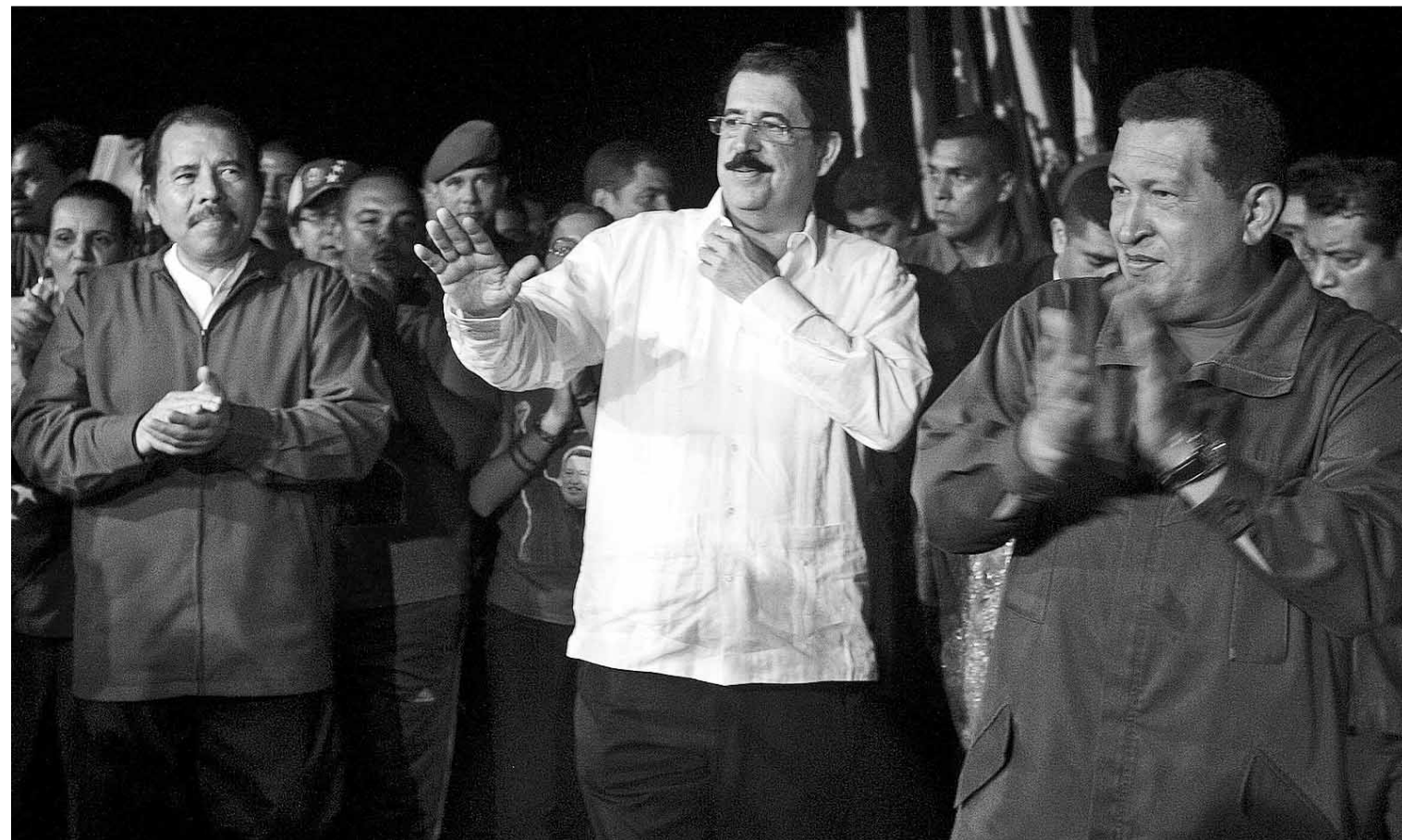
Ausgerechnet der kleine Bananenproduzent Honduras bringt die USA in die Klemme. Seit seinem Amtsantritt wirbt Obama für bessere Beziehungen mit Lateinamerika. Setzt er sich aber für die Rückkehr Zelayas ein, würde er damit einen politischen Freund des Linkspopulisten Chávez und der Castrobrüder in Kuba unterstützen. Zelaya war 2005 zwar als Kandidat der Liberalen Partei gewählt worden, driftete dann aber zunehmend nach links, was ihm schließlich den Widerstand aller Institutionen Honduras' einbrachte. Nach Chávez' Vorbild wollte er sich zuletzt in einem Referendum die Möglichkeit

einer weiteren Amtszeit einräumen lassen. Lässt Obama Zelaya jedoch fallen, gerät er unter Verdacht, einen Putsch zu unterstützen, und verspielt seine neue Glaubwürdigkeit in Lateinamerika.

Die der Obama-Regierung nahestehende Brookings Institution empfiehlt dem US-Präsidenten die Flucht nach vorn. Kevin Casas, früherer Vizepräsident Costa Ricas und Experte des Instituts, sagte in einem Interview: „Das ist eine einmalige Gelegenheit, den Bruch mit der Vergangenheit klarzumachen und zu zeigen, dass man auf der Seite der Demokratie steht – auch wenn Washington der Typ nicht unbedingt gefällt.“

Während Washington zögert, beherrschen die Scharfmacher um Chávez die politische Bühne in Lateinamerika. Ecuadors Präsident Rafael Correa rief die Soldaten von Honduras zur Befehlsverweigerung auf. Altrevolutionär Daniel Ortega, Gastgeber des Krisengipfels in Nicaragua, rief das Volk von Honduras zur Rebellion auf und bot vorsorglich Hilfe an – eine späte Antwort auf die 1980er-Jahre, als Truppen aus Honduras mit US-Unterstützung Ortegas damalige Revolution in Nicaragua bekämpften.

Noch weiter ging Hugo Chávez selbst. Er ordnete vorsorglich die Alarmbereitschaft für Venezuelas Armee an.



Im Ausland umgeben von Freunden, im Inland isoliert: Honduras' Präsident **Manuel Zelaya** (M.) wird in Nicaragua von **Daniel Ortega** (l.) und **Hugo Chávez** beklatscht

Indien reanimiert WTO-Runde

FTD-Interview mit Wirtschaftsminister Sharma · Neues Konjunkturpaket geplant

VON **CHRISTIANE VON HARDENBERG**, MÜNCHEN

Indien will an den Verhandlungstisch zurückkehren und die unterbrochenen Gespräche der Welthandelsrunde wieder aufnehmen. „Wir wollen den Verhandlungsprozess wiederbeleben“, sagte der indische Wirtschaftsminister Anand Sharma der Financial Times Deutschland am Rande des Global India Business Meetings in München. „Indien wird sich für den erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde einsetzen.“

Damit distanziert sich der neue Minister von seinem Amtsvorgänger Kamal Nath. Nath, der seit der Wahl im Mai das Amt des Industrieministers bekleidet, war für seinen unnachgiebigen Kurs bei den Welthandelsgesprächen bekannt. Er gilt als einer der Hauptverantwortlichen für das Scheitern der Gespräche im letzten Jahr. Die Welthandelsorganisation (WTO) hatte hart daran gearbeitet, die 2001 gestartete Doha-Runde endlich zum Abschluss zu bringen. Doch die USA und Indien konnten sich nicht auf einen Kompromiss in

Agrarfragen einigen. Die USA forderten die Öffnung der indischen Landwirtschaft, während Neu-Delhi daran festhielt, seine Bauern vor Agrarimporten zu schützen.

Nun sollen die Vorschläge aus dem letzten Jahr wieder auf den Tisch kommen. Die WTO hatte im Dezember zwei Diskussionspapiere vorgelegt, die die Senkung der Industriezölle und Agrarsubventionen vorsehen. „Die meisten Probleme können auf Grundlage dieser Papiere gelöst werden“, sagte Sharma.

„Wir werden die Verhandlungen neu aufnehmen, aber nicht neu erfinden.“ Zu welchen Zugeständnissen bei der Öffnung des eigenen Marktes Indien bereit ist, ließ Sharma offen. Allzu große Hoffnungen machte er den Industrieländern aber nicht: „Diese Welthandelsrunde ist die der Entwicklungsländer.“

Dennoch zeigt die Ankündigung, mit welchem Schwung die Anfang Juni angetretene Regierung an die Arbeit geht. Die Kongresspartei ist nun stärkste Partei und konnte den unliebsamen Koalitionspartner, die Kommunisten, aus der Regierung

heraushalten. Diese hatten in den Monaten vor der Wahl eine Blockadepolitik verfolgt, die viele Gesetzesvorhaben scheitern ließ.

Jetzt geht es wieder vorwärts – trotz Krise. Diese Botschaft verbreitete die indische Delegation samt Minister nicht nur auf dem gestrigen Treffen in München, an dem rund 250 Teilnehmer der indischen und deutschen Wirtschaft teilnahmen. „Die Krise bietet viele Chancen für Indien“, sagte Sharma. Um die heimische Nachfrage anzukurbeln, sollen in den nächsten fünf Jahren 500 Mrd. \$ in die Infrastruktur gepumpt werden. 20 Kilometer Straße sollen täglich gebaut werden, so die Zielvorgabe aus Neu-Delhi – im Moment werden kaum zwei Kilometer pro Tag fertiggestellt.

Sharma stellte gegenüber der FTD ein weiteres Konjunkturpaket für Anfang Juli in Aussicht. Das soll unter anderem die Kreditvergabe an kleine und mittelständische Unternehmen erheblich erleichtern. Derzeit betragen die Zinsen für diese Betriebe bis zu 18 Prozent. Mit Subventionszahlungen will Neu-Delhi die Zinskosten für die Unternehmen etwa in der Textilindustrie senken. „Hier sind die meisten Arbeitsplätze in Gefahr“, sagte Sharma.

Schlappe für Obamas Supreme-Court-Kandidatin

Oberstes Gericht revidiert früheres Urteil von Sotomayor

VON **SABINE MUSCAT**, WASHINGTON

Das Oberste Gericht der USA hat entschieden, dass die Stadt New Haven weiße Feuerwehrleute diskriminiert hat – und damit eine Entscheidung der Richterin Sonia Sotomayor revidiert. Die 55-jährige Latina ist die Kandidatin des demokratischen US-Präsidenten Barack Obama für eine freie Stelle im Supreme Court, dem obersten Bundesgericht der USA, das auch für Verfassungsklagen zuständig ist. Das Urteil gibt den Republikanern Munition für die Senatsanhörungen der Kandidatin im Juli.

In dem Fall hatte die Stadt New Haven weißen Feuerwehrleuten die Beförderung verweigert, nachdem kein schwarzer Mitbewerber und nur zwei Latinos sich in einem Test qualifiziert hatten. Die Behörden zogen den Test zurück – nach eigenen Angaben aus Angst vor Klagen von Minderheiten. Stattdessen klagten 19 weiße Feuerwehrleute und ein Latino auf umgekehrte Diskriminierung. Sotomayor wies die Klage als Berufungsrichterin in zweiter Instanz zurück.

Der Supreme Court sah dies nun anders: Den Klägern sei die Beför-

Brown eröffnet Wahlkampf mit Wohltaten

Britischer Premier gibt Geld aus leerer Staatskasse aus

Der britische Premierminister Gordon Brown will mit staatlichen Wohltaten bei den Wählern punkten. In einer Rede zu den Schwerpunkten seiner verbleibenden Amtszeit bis zur Parlamentswahl hat der angeschlagene Labour-Politiker gestern Verbesserungen in der Gesundheits- und Bildungspolitik angekündigt sowie ein Programm für billigeren Wohnraum vorgestellt. Allein für zusätzliche Billigwohnungen will der Premier 1,5 Mrd. £ ausgeben. Ein Investitionsprogramm für grüne und Biotechnologie soll mit 150 Mio. £ ausgestattet werden.

Brown muss bis spätestens Mitte 2010 Wahlen ausschreiben. Die Labour-Partei liegt in Umfragen abgeschlagen hinter den oppositionellen Konservativen und erlebte vor drei Wochen bei den Europawahlen ein Desaster. Der Premier, der auch gegen eine innerparteiliche Opposition kämpft, hatte erst vor Kurzem mit einer umfassenden Kabinetts-umbildung versucht, sich Luft zu verschaffen. Allerdings vereitelten zahlreiche Minister den Plan durch ihren Rücktritt. Labour leidet besonders stark unter der Spesenaffäre, in der sich zahlreiche Parlamentarier exzessiv Kosten etwa für die Renovierung privater Wohnungen haben erstatten lassen.

„Wir wollen die Reformen der vergangenen zehn Jahre entschieden weiterführen“, sagte Brown gestern. Man wolle nicht nur das Erreichte verteidigen, sondern „noch härter daran arbeiten, um den neuen Herausforderungen mit der gleichen Hingabe gewachsen zu sein“.

Konträr zu den angekündigten Wohltaten dürfte der kommende Wahlkampf vor allem von der Frage dominiert werden, wie sich das gigantische Haushaltsdefizit wieder zurückfahren lässt. Allein in diesem Jahr gibt die Regierung 175 Mrd. £ mehr aus, als sie einnimmt. Das entspricht zwölf Prozent der britischen Wirtschaftsleistung. Ein Sprecher Browns erklärte jedoch, es würden keine weiteren Kreditaufnahmen aufgrund der angekündigten Zusatzausgaben notwendig.

Die Regierung plant unter anderem kostenlose Gesundheitschecks für über 40-Jährige einzuführen. Schüler, die in Kernfächern wie Englisch oder Mathematik Schwierigkeiten haben, sollen kostenlosen Einzelnachhilfeunterricht erhalten. Junge Arbeitnehmer unter 25 sollen Anspruch auf eine Beschäftigung oder einen Ausbildungsplatz erhalten, wenn sie länger als ein Jahr arbeitslos waren. REUTERS